

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/84

4. Mai 1976

Klare Antworten zur Bildungspolitik

Feststellungen zur Großen Anfrage der Union

Von Helmut Rohde MdB
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft und Mit-
glied des Vorstandes der SPD

Seite 1 bis 3 / 113 Zeilen

Der 20. Juni und die CDU/CSU

Notwendige Klarstellungen zu einem brandaktuellen
Thema

Seite 4 und 5 / 58 Zeilen

Auch eine Süd-Nord-Entspannung ist unerlässlich

UNCTAD IV in Nairobi braucht vertrauensbildende Maß-
nahmen

Von Erwin Stahl MdB
Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit
der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 6 und 7 / 63 Zeilen

Was für ein Europa wollen wir?

Anmerkungen zur Problematik der Integration aus
britischer Perspektive

Von John Roper MP
Mitglied des House of Commons und Vorsitzender des
Labour Committee for Europe

Seite 8 und 9 / 76 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 8-10
Postfach: 120 406
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 39
Telefax: 02 86 646 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölnener Straße 106-112, Telefon: 376611

Klare Antworten zur Bildungspolitik

Feststellungen zur Großen Anfrage der Union

Von Helmut Rohde MdB

Bundesminister für Bildung und

Wissenschaft und Mitglied des Vorstandes der SPD

Die Große Anfrage der Opposition zur Bildungspolitik dient ganz offensichtlich mehr der Verschleierung als der Aufklärung. Mit keinem Wort geht die Opposition auf die Probleme des Bildungsföderalismus ein. Die Verantwortung der Länder bleibt unerwähnt. Die Tatsache, daß die unionsgeführten Länder die Mehrheitsfraktion des Bildungsföderalismus stellen, wird übergegangen. An den wichtigsten Aufgaben der Bildungspolitik wird vorbeigefragt. Die Ziele der Bildungsreform, wie sie gemeinsam von Bund und allen Ländern festgelegt wird, werden diffamiert. Die Rückkehr zu den traditionellen Selektionsmechanismen des Bildungswesens wird als Gebot der Humanität empfohlen. Die Anfrage fügt sich nahtlos in die allgemeine Verunsicherungsstrategie der Union ein. Sie will die Lähmung anstelle klaren Denkens und entschlossenen Handelns. Weil die CDU und die CSU zu umfassenden bildungspolitischen Debatten in den Landtagen nicht bereit sind, verlagern sie ihre Probleme in den Deutschen Bundestag.

Mit diesen Feststellungen läßt sich die bildungspolitische Position der Unionsparteien beschreiben, wie sich aus der Großen Anfrage ablesen läßt. Das Bundeskabinett hat demgegenüber in seiner Antwort die Tatsachen in das Blickfeld gerückt. Es hat den Kurs des Bundesbildungsministeriums, wie er in der "Bildungspolitischen Zwischenbilanz" dargelegt ist, mit dieser Antwort bestätigt und unterstrichen. Die Bundesregierung vertritt in der Antwort auf die Große Anfrage eine offene, soziale Bildungspolitik, die sich als handlungsfähig erweisen muß. Wir haben in der Bildung in den vergangenen Jahren ein größeres Maß mit offeneren Türen für die junge Generation geschaffen. Das Mobiliar entstammt aber weitgehend noch der Vergangenheit. Wir bleiben bei unserer Feststellung, daß die Entwicklung der vergangenen Jahre zutreffend mit den Worten "Expansion ohne zureichende Reform" beschrieben wird. Wer Reformen verschleppt, treibt das Bildungswesen in die Krise.

Die Rückkehr zum Bildungswesen der 60er Jahre wäre ein absurdes Rezept für die Lösung der heute bildungspolitisch gestellten Aufgaben. Der

bayerische Kultusminister Professor Maier hat kürzlich von der "Sennaucht" nach den Zuständen dieser Jahre gesprochen. Das wäre - nimmt man die Formulierung wörtlich - eine Sehnsucht nach Zwergschulen, nach einer Berufsbildung mit erheblich größeren Unzulänglichkeiten, als sie heute zu verzeichnen sind, nach unzureichend ausgestatteten Gymnasien, nach einer Halbierung der Studienchancen. Es wäre die Sehnsucht danach, die Türen des Bildungswesens gerade für die traditionell Benachteiligten wieder zu schließen.

Nicht die Rückkehr zum Vorgestern ist die Aufgabe, sondern die Sicherung der Bildungsangebote in Berufsbildung und Hochschule für eine wachsende Zahl von Jugendlichen. Die Bundesregierung erklärt dies ausdrücklich zur Hauptaufgabe des Bildungssystems der Bundesrepublik. Nicht bildungspolitischer Rückzug, sondern eine neue Bildungsoffensive ist notwendig, wenn wir unserer Verantwortung gegenüber der jungen Generation und damit unserer eigenen Zukunft gerecht werden wollen. Dazu ist notwendig:

- Die Hauptschule darf nicht für immer mehr Schüler zur Sackgasse werden. Der Anteil der Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss am Alterjahrgang stagniert seit Jahren. Dies wird immer mehr zu einem sozialen Skandal: Berufs- und Lebenschancen dieser Jugendlichen sind deutlich gemindert. Sie werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Wir brauchen eine Erneuerung der Hauptschule.

- Über "Leistungsdruck" zu reden, ohne die Gründe dafür anzugeben, ist nichts als Bestandteil einer Angstkampagne, die neben anderen politischen Zielen die sozial Schwächeren abschrecken soll, Bildungschancen wahrzunehmen. Die Gründe für wachsenden Leistungsdruck liegen auf der Hand: Es sind vor allem die von den Ländern per Staatsvertrag praktizierte Hochschulzulassung und ein Berechtigungswesen, das in Verbindung mit verfrühter Auslese Bildungszertifikate zu Fahrkarten für den Lebensweg macht. Dies ist auch, aber keineswegs nur ein Problem des Laufbahnrechts. Wer Gleichwertigkeit für die berufliche Bildung verhindert und sich gegen Reformen im Arbeitsleben wendet, der verschärft damit gleichzeitig auch die Probleme im Bildungsbereich.

- Statt bürokratischer Reglementierung des Hochschulzugangs muß der Numerus clausus zurückgedämmt werden. Voraussetzungen dafür sind: Studienreform, bessere Studienberatung, ein neues Zulassungsverfahren und eine bessere Nutzung der Hochschulkapazitäten. Hier sind die Länder aufgefordert zu handeln. Weitere endlose Diskussionen in den Gremien der Bildungsbürokratie lösen nicht ein einziges Problem. Die konzeptionellen Vorarbeiten des Wissenschaftsrates und Überlegungen der Westdeutschen Rektorenkonferenz, die Anwendung des ZVS-Verfahrens nicht auf immer mehr Fächer auszuwehren zu lassen, bieten Ansatzpunkte.

- Es ist eine heuchlerische Politik der CDU/CSU, wenn sie einerseits von der Sorge um die Ausbildungschancen der Jugendlichen spricht und andererseits alles, was diese Chancen verbessern soll, blockiert. Hört man die Meinungsäußerungen von Unionsprechern etwa zu überbetrieblichen Ausbildungsstätten, so muß man vermuten, die Union würde auch dieses Programm blockie-

ren, wenn sie die Möglichkeit dazu hätte.

Den Vorwurf, das Bildungsministerium sei in Fragen der Berufsbildung "halsstarrig", weise ich ausdrücklich zurück. Dieser Vorwurf wird erhoben, weil ich mich nicht am Ausverkauf der Veraprechungen beteilige, der gegenwärtig von der Opposition veranstaltet wird. Die Union verspricht Gleichwertigkeit für die berufliche Bildung und lehnt zugleich den sogenannten ordnungspolitischen Teil des Berufsbildungsgesetzes ab. Die Union verspricht mehr Lehrstellen und lehnt die Finanzierungsregelung des Berufsbildungsgesetzes ab. Die Union verspricht mehr und bessere Berufeschulen und findet bei der Ablehnung des Berufsbildungsgesetzes kein Wort zu ihrem Ausbau und ihrer inhaltlichen Ausgestaltung. Die Union verspricht attraktive Alternativen zum Studium und redet zugleich einer Senkung der Ausbildungsqualität das Wort. Eine solche Politik ist nicht nur ausbildungs- und jugendfeindlich, sie schadet auch den Betrieben, für die eine hochwertige Berufsbildung Zukunftssicherung bedeutet.

Die Koalition wird die Berufsbildungsreform nicht von der Tagesordnung absetzen. Sie wird ihr Finanzierungskonzept auch im Bundesrat offen-siv vertreten: Weil es dem dualen System der Berufsbildung entspricht, und weil Steuerausfälle die finanzielle Leistungskraft für den Ausbau der beruflichen Schulen aushöhlen würde.

Wir werden die Berufsbildungsreform auch deshalb auf der Tagesordnung behalten, weil derjenige, der alles beim alten läßt, den Kollaps des dualen Systems riskiert. Das aber will die Bundesregierung verhindern. Und wir werden die Berufsbildungsreform auch auf der Tagesordnung behalten, weil wir uns nicht zum Komplizen einer Politik gegen die Interessen der Jugendlichen machen lassen werden.

In der Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage der Opposition sind wichtige Aufgaben zusammengestellt, die von der Bildungspolitik gelöst werden müssen. Die Verantwortlichkeiten sind klar herausgearbeitet. Die Bundesregierung wird ihren Beitrag zur Lösung dieser Aufgaben - wie schon bisher - auch in Zukunft leisten. Aber sie kann die Probleme nicht allein bewältigen. Der Beobachter der bildungspolitischen Szene der letzten Zeit kann sich der Befürchtung nicht verschließen, daß durch das Tauziehen der für das Bildungswesen überwiegend zuständigen Länder fällige Entscheidungen vertagt, statt getroffen werden. Auf diese Gefahr hat das Bundesbildungsministerium schon in der "Bildungspolitischen Zwischenbilanz" hingewiesen. Es besteht alle Veranlassung, diesen Hinweis heute zu wiederholen.

(-/4.5.1976/ve/ex/pr)

+ + +

Der 20. Juni und die CDU/CSU

Notwendige Klarstellungen zu einem brandaktuellen Thema

Der 20. Juni 1976, der Tag der vorgezogenen Parlamentswahlen in Italien, wirft auch in der Bundesrepublik schon seine Schatten voraus, zumal es um die Frage geht, ob die Democrazia Christiana nach 30 Jahren die Fahne der stärksten Partei an die Kommunisten weitergeben muß. Die Zahl der Probleme, die ein solches Ereignis und seine voraussehbaren und unvorausehbaren Folgen für den Westen und für Europa mit sich bringen würden und müßten, ist ungeachtet der Tatsache, daß man mit dieser Entwicklung seit sehr geraumer Zeit ernsthaft zu rechnen hatte, im Augenblick nicht abzuschätzen. Es sollte angenommen werden können, daß vor allem die Regierungen der Partnerstaaten der NATO, der WEU und der EG sich rechtzeitig genug sehr konkrete Gedanken über den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Trend in Italien und auch über die Frage gemacht haben, was im Fall des Falles zu tun wäre, um am 21. Juni nicht völlig überrannt dazustehen. Dasselbe sollte man von den Parteien des sozialdemokratischen und sozialistischen Lagers in Europa annehmen dürfen.

Die Schatten des 20. Juni sind, wie gesagt, auch in der Bundesrepublik schon erkennbar. Die CDU und CSU, die mangels eigener Wahlprogrammatik nach jedem Strohalm greifen, um die Koalition und die Schmidt/Genscher-Regierung zu attackieren, versuchen daher auch in diesem Bereich zu agitieren. Des Kanzlers nüchterne Feststellung, daß die Beteiligung von Kommunisten an Regierungen in Italien oder Frankreich "nicht zwangsläufig eine Katastrophe" bedeuten müßte, wurde von den CDU/CSU-Sprechern bewußt als "unverantwortliche Verharmlosung" mißdeutet, obwohl Helmut Schmidt ganz klar und in voller Übereinstimmung mit seiner Partei und seinem Koalitionspartner gesagt hatte, daß er die KP in diesen Regierungen der beiden Partnerstaaten nicht sehen möchte.

Gewiß werden auch die christlichen Konservativen in der Bundesrepublik sagen, daß sie die KP in den Regierungen von Rom oder Paris nicht sehen möchten. Nur müssen sie sich sagen lassen, daß ihre Vorwürfe und Anschuldigungen in die falsche Richtung zielen. Nicht der Kanzler und nicht die SPD

und nicht die FDP sind ursächlich und aktuell schuld an einer Entwicklung, die am 20. Juni zu einer Ablösung der Democrazia Christiana als stärkste Partei Italiens führen könnte. Verantwortunglos verharmlosen würde jedermann den Ablauf der italienischen Geschichte der letzten 30 Jahre, wenn er nicht klarstellen würde, daß die Schuld am Vorankommen der KP Italiens zuvörderst und in aller erster Linie bei der Schwesterpartei der CDU und CSU, bei der Democrazia Christiana liegt.

In diesen Tagen ist ein Dokumentarfilm im deutschen Fernsehen gelaufen, der das abgrundtiefe Elend in den Slum-Vororten von Rom gezeigt hat. Wenn die christlichen Konservativen unseres Landes nach den Ursachen eines möglichen Wahlsieges der KP am 20. Juni fragen, dann haben sie hier die Antwort mit dem Hinweis auf Tatsachen, die weder sie noch die italienische Schwesterpartei verharmlosen können, wenn sie sich nicht vor aller Welt als unverantwortlich bloßstellen wollen. Wenn in Italien eine Partei versagt hat, dann war es die Democrazia Christiana, die nach 30 Jahren Regierung zur Rechenschaft gezogen wird: Für eine endlose Kette von Elend, Versäumnissen, Unterlassungen und Korruptionen, für ein Versagen also, das den Kommunisten den Weg frei gemacht hat.

Der miserable Versuch der CDU- und CSU-Sprecher, bezeichnenderweise sind es die MdB Dr. Werner Marx und Dr. Friedrich Zimmermann, die Verantwortung für den 20. Juni und seine möglichen Folgen von der christdemokratischen Schwesterpartei abzuwälzen und auch daran noch ihr trübes Wahlsüppchen zu kochen, ist von vornherein gescheitert. Was die Democrazia Christiana in Italien dem italienischen Volk und auch den Europäern einbrockte, wird ganz Europa auszulöffeln haben. Die christlichen Konservativen in der Bundesrepublik werden auch im Interesse Europas zu beweisen haben, daß sie doch mehr können als sich in bloßer Wahlagitation selbst als ernstzunehmende politische Kraft aufzugeben. (e/4.5.1976/bgy/ex)

+ + +

Auch eine Süd-Nord-Entspannung ist unerlässlich

UNCTAD IV in Nairobi braucht vertrauensbildende Maßnahmen

Von Erwin Stahl MdB

Obmann der Arbeitsgruppe
wirtschaftliche Zusammenarbeit der SPD-Fraktion

Die in dieser Woche eröffnete 4. Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) konfrontiert die westlichen Industriestaaten mit einer Reihe von Forderungen, denen sie nicht selten deshalb nur schwer begegnen können, weil diese Forderungen die Folge eines zu langen Bestehens krasser Ungerechtigkeiten im weltwirtschaftlichen System zu Lasten der Entwicklungsländer sind. Wir haben in Nairobi nicht aus Mangel an Alternativen und Argumenten einen schweren Stand, sondern weil wir teilweise so beharrlich die Vorteile einer für uns günstigen Weltwirtschaftsordnung ausgenutzt haben. Die Reserven der Industriestaaten gegen die Pläne der Dritten Welt zur Schaffung eines neuen wirtschaftlichen Verhältnisses zu uns werden oft nicht als Einsicht in neue Gefahren für alle gesehen, sondern als Versuch zur Erhaltung alter Vormachtstellungen.

Dies trifft beispielsweise zu für die Forderung nach einem allgemeinen Schuldenmoratorium zugunsten der Entwicklungsländer. Die Dritte Welt will ihre enorme Schuldenlast dadurch abbauen, daß die Rückzahlungsbedingungen für öffentliche Kredite erleichtert und die Schulden der ärmsten Entwicklungsländer ganz erlassen werden. Diese Forderung hat einen ernsten Hintergrund. Man schätzt, daß die Entwicklungsländer den Industriestaaten etwa 140 Milliarden Dollar schulden (Stand Ende 1975) und durchschnittlich 20 % ihrer Exporteinnahmen für Zinsen und Tilgung abzweigen müssen. Dies ist angesichts weitverbreiteter Zahlungsbilanzdefizite und chronischer Kapitalknappheit ein schwieriges Problem.

Andererseits ist die Wirtschaftskraft der Entwicklungsländer und damit ihre Verschuldungslage zu differenziert, daß sie sich kaum als Ganzes unter den einen Hut eines allgemeinen Schuldenmoratoriums bringen lassen werden. Aber noch andere Gründe sprechen gegen diese Forderung:

- 1974 fielen vom gesamten in diesem Jahr fälligen Schuldendienst in Höhe von 15 Milliarden Dollar rund 13 Milliarden Dollar auf weiter fortgeschrittene Entwicklungsländer. Nur 2 Milliarden Dollar wurden von den am wenigsten entwickelten und den von der Weltwirtschaft am härtesten betroffenen Entwicklungsländern für den Schuldendienst aufgebracht.

- Ebenfalls 1974 entfielen auf die Bedienung kommerzieller Schulden und öffentlicher Kredite zu Marktbedingungen 13,8 Milliarden Dollar. Nur 1,2 Milliarden Dollar wurden für die Bedienung öffentlicher Kredite zu Vorzugsbedingungen ausgegeben.

Ein Schuldenmoratorium muß aber auch vom Standpunkt der Gläubiger aus betrachtet werden. Besonders bei der überragenden Bedeutung kommerzieller Kredite für die Verschuldung der Entwicklungsländer. Die privaten Kapitalmärkte, aus denen die Zahlungsbilanzdefizite der Dritten Welt entscheidend mitfinanziert werden, wären durch eine globale Umachuldung einer starken Belastungsprobe ausgesetzt. Wichtiger aber ist, daß durch eine solche Maßnahme die Kreditwürdigkeit der Entwicklungsländer stark in Mitleidenschaft gezogen würde. Es ist fraglich, ob nach einer Aktion dieser Art mit ihren präjudiziellen Auswirkungen der private Kapitalmarkt für die Entwicklungsländer noch offen wäre.

Die finanzielle Lage ist für einen großen Teil der Dritten Welt niederschmetternd, und unsere Bedenken mögen sich vor ihrem Berg von Problemen winzig ausnehmen. Aber mehr als 20 Umachuldungsaktionen zugunsten einzelner Länder seit 1950 haben gezeigt, daß auf den jeweiligen Einzelfall zugeschnittene Lösungen möglich sind. Es ist sicher, daß dies auch für die Zukunft gelten wird.

An uns wird es liegen, den Entwicklungsländern klar zu machen, daß mit unseren Bedenken gegen die Forderungen die in Nairobi auf dem Tisch liegen, keine Privilegien verteidigt, sondern die für alle Seiten beste Lösung gesucht wird. Das bedarf des gegenseitigen Vertrauens, das die Dritte Welt uns gegenüber aus ihrer langen Erfahrung heraus nicht in genügendem Maße entgegenbringt. Wir müssen zur Bildung dieses Vertrauens beitragen. In Helsinki und Wien ist die Notwendigkeit vertrauensbildender Maßnahmen für den Fortschritt der Entspannung zwischen Ost und West erkannt worden. In Nairobi müssen sie der Entspannung zwischen Süd und Nord dienen.

(-/4.5.1976/ve/ex/pr)

+ + +

Was für ein Europa wollen wir ?

Anmerkungen zur Problematik der Integration aus britischer Perspektive

Von John Roper MP

Mitglied des House of Commons und Vorsitzender des Labour Committee for Europe

Auf dem Kontinent mag man sich fragen, ob Großbritannien heute die Rolle de Gaulles in den 60er Jahren übernehmen will, ja, ob es Europa überhaupt wolle. In der britischen Regierung und in der Labour-Party gehen die Meinungen über die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft immer noch auseinander. Mag auch die Zahl der Befürworter einer Europäischen Union gewachsen sein, die Skepsis gegenüber einem bundesstaatlichen Europa ist bei uns stärker als auf dem Kontinent. Nach überwiegender britischer Meinung sollte Europa in einzelnen Schritten aufgebaut werden. Als Mitglieder dieser Europäischen Gemeinschaft sind wir noch neu und haben statt 19 Jahren nur drei Jahre Erfahrung mit der Theorie und Praxis der Gemeinschaft. Diese drei Jahre sind für die britische Wirtschaft eher enttäuschend verlaufen.

Integrationsfortschritte sollten durch Konzentration auf die erfolgversprechenden Politiken der Europäischen Gemeinschaft möglich sein. Nach Anfangserfolgen in zunächst kleineren und leichteren Schritten wächst auch das Selbstvertrauen für die großen und schwierigen Aufgaben. Für vordringliche Aufgaben müssen wir in unmittelbarer Zukunft konkrete Lösungen finden, für die wir längere Zeit und substanzvollere Politiken brauchen werden, bevor auch die Integration zu echten Erfolgen kommen kann.

Obwohl in vielen Bereichen - und nicht nur in der "Währungsschlinge" - de facto bereits eine Abstufung vollzogen wird, wende ich mich gegen den Gedanken einer "abgestuften Integration", weil dann auch wir de jure zu einer zweigliedrigen Gemeinschaft kämen, wenn sie zu einer Art von Verfahrensprinzip erhoben würde. Selbst eine nur "differenzierte Anwendung der Integrationspflichten" würde die Versuchung nahelegen, diese Unterscheidung auch in andere politische Bereiche hinein zu tragen. Die stärkeren Volkswirtschaften würden von diesem Maß an Integration profitieren, und der Graben zwischen ihnen und den wirtschaftlich schwächeren Staaten müßte sich noch verbreitern. Beim Beitritt noch schwächerer Staaten - Griechenland, Portugal, Spanien, Türkei - würde vielleicht gar eine dritte Kategorie geschaffen. Die Beratung der Gemeinschaftspolitik durch die Gemeinschaftsorgane und ihre Durchführung nur durch einige Mitgliedstaaten könnte bedeuten,

daß Mitgliedsregierungen an Entscheidungen mitwirken, die sie nicht auch mitzutragen haben.

Das gegenwärtige institutionelle Gefüge der Gemeinschaft bedarf der Überprüfung, es rechtfertigt in seinem gegenwärtigen Zustand jedoch nicht eine Aufgabe des Vetorechts und eine Rückkehr zur Praxis der Mehrheitsentscheidungen im Rat. Wir akzeptieren Mehrheitsentscheidungen innerhalb unserer Staaten im Vertrauen auf den Ausgleich der Gewalten in ihren Verfassungsordnungen. Wo aber liegen die Ausgleichsmechanismen innerhalb der Gemeinschaft? Es gibt keine europäische Parteien, die die Machtausübung überprüfen und kein befriedigendes System von "Checks and Balances". Es gibt keine Opposition, die der regierenden Gewalt auf Gemeinschaftsebene Paroli bietet. Daher fürchten manche Mitgliedsländer eine Art von "Tyrannei der Mehrheit" im Ministerrat.

Daher sollten wir nicht zu Mehrheitsentscheidungen im Rat zurückkehren, sondern die Beziehungen der Gemeinschaftsorgane untereinander nach demokratischen Grundsätzen regeln. Dazu gehören die Rechte, die einem direkt gewählten Parlament im institutionellen Gefüge zukommen sollen. Die Exekutive in der Europäischen Gemeinschaft muß in Zukunft mehr dem Europäischen Parlament verantwortlich sein, als den nationalen Regierungen, sonst wird die Stellung dieses Parlaments weiterhin schwach und dem amerikanischen Kongreß mit lockerer Partei- und Fraktionsdisziplin ähnlicher sein als unseren europäischen Parlamenten; die Abgeordneten würden sich dann weniger für weitreichende politische Ziele einsetzen, als vielmehr dafür, was sie für ihre Wählerschaft "herausholen" können.

Die Entwicklung der west-europäischen Demokratien in den letzten hundert Jahren baut auf der Existenz und der Stärke politischer Parteien aus. Diese gewährleisten den Zusammenhalt und die Arbeitsfähigkeit der Parlamente. Obwohl es im gegenwärtigen Europäischen Parlament parteipolitische Gruppierungen gibt, sind diese weit entfernt von den Massenparteien, die in den Mitgliedstaaten den Wahlkampf bestimmen und in der vertikalen wie auch in der horizontalen Struktur des staatlichen Lebens zu den wichtigsten Integrationsfaktoren gehören.

Es bleibt noch viel zu tun für Europa; damit die Direktwahlen zum Europäischen Parlament in Großbritannien nicht bereits an der rechtzeitigen Festlegung der Wahlkreisgrenzen scheitern, werden schon jetzt gründliche Studien zu diesem Problem diskutiert. Kritische Fragen hinsichtlich der Europäischen Union und einer Reform des institutionellen Gefüges der Europäischen Gemeinschaft dürfen nicht die Verwirklichung der Direktwahlen verzögern. Der Aufbau einer neuen politischen und wirtschaftlichen Struktur in Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Europa sollte eines der Hauptziele für Politiker unserer Generation sein. Mehr als politische Begeisterung ist jetzt harte Arbeit und gemeinsames Vorgehen erforderlich.

(-/4.5.1976/ve/ex/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller